

Kommune als Lernfeld für Klimaschutz und Demokratie vor Ort

Michael Danner

Es wird viel davon gesprochen, Schulen hin zum lokalen Umfeld zu öffnen und Jugendliche stärker für das demokratische Gemeinwesen zu interessieren. Kommunale Klimaschutzprozesse bieten hier ein wichtiges Potenzial.



Doch spielt dabei das unmittelbare lokale Umfeld in den Schulen überhaupt eine Rolle? Werden Schulen & Schüler/innen in die Entwicklung und Umsetzung kommunaler Klimaschutzmaßnahmen einbezogen? Und: Kann das Thema Klimaschutz an Schulen einhergehen mit Elementen der Beteiligung?

Um diese Fragen zu beantworten, nahm das Projekt »Lernfeld Kommune für Klimaschutz« (LeKoKli) kommunale und schulische Prozesse in Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen genauer unter die Lupe.

Worum geht es?

Seit »Fridays for Future« hat der Klimaschutz eine ungeahnte Präsenz in den Medien und der politischen Diskussion erhalten. Die Tatsache, dass es junge Menschen sind, die die Bewegung angestoßen haben, schärfte auch den Diskurs um das politische Engagement der jungen Generation. Während sich anfangs die Appelle der »Fridays« vor allem auf die internationale und nationale Ebene richteten, fällt nach und nach der Blick auf die Regionen. Viele der Jugendlichen fragten sich, wie sich die eigene Stadt, die Gemeinde oder der Landkreis beim Klimaschutz engagiert. Immer mehr lokale Gruppen von »Fridays for future« konfrontieren die Kommunalpolitik mit der Forderung, einen Klimanotstand auszurufen, was in den Kommunen sehr unterschiedlich aufgenommen wird. Eine größere Zahl von Kommunen sind bereits aktiv, manche seit vielen Jahren. Sie verweisen auf die verschiedenen Konzepte und Aktionen auf der kommunalen Ebene, die schon laufen. Erst hier fällt vielen oftmals auf, wie wenig diese Aktivitäten in der Bevölkerung bekannt sind.

Im kommunalen Klimaschutz gibt es bei einigen Pionierstädten bereits eine lange Tradition, u.a. durch Gründung des Klimabündnisses e.V. im Jahr 1990. Ein Förderprogramm des Bundesumweltministeriums unterstützt Kommunen seit dem Jahr 2008 in ihren Aktivitäten finanziell. Das betrifft die Erstellung von Klimaschutzkonzepten aber auch investive Maßnahmen und Personalstellen für Klimaschutzmanager/innen.

Klimaschutzkonzepte sollen den Kommunen eine Entscheidungsgrundlage und Orientierung geben, wie sie für eine Zeit von ca. 10 Jahren die kommunalen Treibhausgas-Emissionen verringern können. Ausgehend von einer Bestandsaufnahme wie z.B. einer Bilanz der Emissionen im Energie- und Verkehrsbereich über die Berechnung von Potenzialen und Szenarien, mündet das Konzept in einem Maßnahmenplan: Dieser soll für die verschiedenen Sektoren konkrete Schritte aufzeigen, um die der gesteckten Klimaschutz-Ziele zu erreichen. Dabei geht es beispielsweise um den Ausbau der Erneuerbaren Energien, um Investitionen in die Sanierung der kommunalen Gebäude, um die Förderung des Radverkehrs oder um Vorgaben für Energiestandards in der Bauleitplanung.

Durch Öffentlichkeitsarbeit und die Beteiligung von lokalen Akteuren soll sichergestellt werden, dass Vorschläge aus der Bevölkerung aufgegriffen werden. Die primäre fachliche Arbeit leisten externe Büros, die von den Kommunen beauftragt werden und nach Abgabe des Konzeptes ihre Tätigkeit beenden. Was tatsächlich umgesetzt wird, liegt in den Händen von Politik und Verwaltung.

Wo bleiben die Schulen im kommunalen Klimaschutzprozess?

Eine Analyse von 40 Klimaschutzkonzepten ergab Folgendes: Schulen werden zwar in den Maßnahmenplänen häufig als Adressaten genannt, spielten im Erstellungsprozess selbst allerdings kaum eine Rolle. In den Lehrplänen der Schulen sind Klimawandel und Nachhaltigkeit vielerorts präsent, vor allem in Erdkunde, aber auch in Physik, Chemie oder Politik. Themen sind meist naturwissenschaftliche Phänomene, internationale wie nationale politische Programme, Handlungsmöglichkeiten in Schule oder Zuhause. Wenig Beachtung findet dagegen die lokale Ebene – allenfalls in Erdkunde, wenn Regionalplanung oder Stadtentwicklung besprochen wird. Auch hier zeigt der Blick in die Lehrbücher, dass eher Beispiele aus anderen Regionen herangezogen und wenig Anregungen zur Erkundung des eigenen Umfelds gegeben werden.

Kommune und Schule – zwei Welten?

Eine Befragung von kommunalen Klimaschutzmanager/innen und Lehrkräften bestätigte dieses Ergebnis. Klimaschutzverantwortliche stellen im Unterricht selten ihre Aktivitäten vor oder binden Schüler/innen aktiv ein. Für die befragten Lehrkräfte ist die Gemeinde oder Stadt durchaus ein interessantes Lernfeld – jedoch aus deren Sicht schwer zu erschließen. Vor allem die ortsfremden Lehrkräfte wissen selbst wenig über die lokalen Prozesse, und die Recherche nach den Aktivitäten scheint zu aufwändig. Insbesondere an den weiterführenden Schulen hat das Erfüllen des Lehrplans Priorität. Die in der Kommune verantwortlichen Personen haben häufig nicht die Zeit und die Ideen, um Schulen aktiv anzusprechen. Wenn sie es tun, ist es oft schwer, in den Schulen die richtigen Ansprechpartner/innen zu finden. Auf beiden Seiten ist somit der Wunsch zu einer Kooperation zwar vorhanden, es fehlt jedoch an Kontakten, am Wissen über die Aktivitäten des jeweils anderen und an Vorstellungen über die möglichen Formen der Zusammenarbeit.

Was meinen die Jugendlichen?

In zehn Kommunen nahmen insgesamt knapp 200 Jugendliche der Klassen 7 bis 11 aus Realschulen, Gesamtschulen und Gymnasien an Workshops teil. Das Ergebnis war überall ähnlich: Die Fakten zum Klimawandel waren aus dem Unterricht bekannt, vereinzelt gab es auch Energie- oder Klimaschutz-AG's, die im schulischen Raum tätig sind. Fragte man nach den Aktivitäten der Kommune, blickte man in eher ratlose Gesichter. Das war jedoch nicht nur klimaspezifisch: insgesamt ist den Schüler/innen ihr eigener Lebens- und Wohnort eher fremd. Politische Prozesse, Konflikte und Diskussionen der Kommune waren den wenigsten bekannt.

Die Kommunalpolitik wird im schulischen Unterricht in der 8. Klasse thematisiert. Davon ist teilweise noch in Erinnerung, dass die Sitzung eines kommunalen Ausschusses besucht wurde und alles sehr langweilig war. Wurden die Jugendlichen nach ihren Bedürfnissen und Wünschen in Sachen Kommune gefragt, dann waren sie zunächst erstaunt und unsicher, ob sich überhaupt jemand in Politik und Verwaltung für ihre Meinung interessiere. Sie wurden bislang kaum nach ihren Ansichten oder Anregungen gefragt und hatten daher auch noch nie darüber nachgedacht.

Vorschläge der Jugendlichen in Sachen Infrastruktur und Mobilität

Wenn direkt gefragt wurde, insbesondere in Verbindung mit klimarelevanten Aspekten, ergaben sich jedoch durchaus konkrete Vorstellungen: Die meisten der Veranstaltungen fanden im ländlichen Raum statt. Hier wurde insbesondere kritisiert, dass es in vielen Dörfern wenig Einrichtungen für Jugendliche gibt, außerdem kaum noch Einkaufsmöglichkeiten. Zum Thema Mobilität haben die Jugendlichen bereits viele Erfahrungen gemacht: Schlechte Fahrbahnbeläge, mangelhaft ausgeleuchtete Fahrradwege, keine Fahrradständer an Haltestellen, unabgestimmte Busverbindungen... Vor allem die älteren SchülerInnen können sich sehr wohl vorstellen, etwa bei der Entwicklung neuer Wohngebiete oder der Sanierung von Quartieren mitzuwirken.

Jugendliche wollen mehr sein als nur Adressaten von Appellen

Dass Projekte zur Energieeinsparung an Schulen bei den Schüler/innen nicht immer auf Begeisterung stoßen hat nicht (nur) mit mangelndem Interesse zu tun. Vielmehr nehmen die Schüler/innen auf Seiten der Verantwortlichen von Schule und Kommune Widersprüche wahr und reagieren daher eher ablehnend auf Verhaltens-Appelle.

Kooperationen von Schulen und Kommunen können politisches Interesse der Jugendlichen verstärken

Die Ergebnisse des Projektes machten deutlich, dass beide Seiten – Schule wie Kommune – die Chancen und Möglichkeiten einer Kooperation noch stärker nutzen könnten. Es gibt vielfältige Möglichkeiten, wie die Schüler/innen außerhalb des Schulgebäudes Lernziele erreichen und ihren Kiez, ihr Dorf oder ihre Stadt mitgestalten können. Das forschende Lernen trägt über selbstverantwortliches Recherchieren, Erkunden, Messen, Berechnen und Befragen wertvolles lokales Wissen zusammen. Kommunale Klimaschutz-Themen lassen sich so in allen Fächern platzieren: Das kann das Berechnen der Energiebilanz des Rathauses sein, die Radverkehrsanalyse in Erdkunde, eine Baumkartierung in Biologie, das Durchführen und Auswerten von Befragungen in Deutsch und Mathematik.

Der in der Bildung für nachhaltige Entwicklung geforderte themenorientierte, fachübergreifende, anwendungsorientierte Unterricht ließe sich in diesem Rahmen umsetzen: Die Schüler/innen arbeiten eigenständig an der Lösung von Problemen und tragen mit ihrer Kompetenz dazu bei, dass die lokalen Klimaschutzziele erreicht werden. Wenn die Ergebnisse in den politischen Gremien vorgestellt und diskutiert werden, erfahren die Jugendlichen Wertschätzung und ein Gefühl von Selbstwirksamkeit, das ihre Motivation für Engagement und letztlich auch ihr Vertrauen in die Demokratie erhöhen kann.

Verwaltung und Politik, aber auch die Lehrkräfte in den Schulen sollten sich des kreativen Potenzials ihrer Schüler/innen bewusst sein und gemeinsam Wege beschreiten, wie die »Öffnung der Schule« fernab von Sonntagsreden Realität wird. Entscheidend ist, dass Kommune und Schule ihre jeweiligen Rahmenbedingungen kennen und daraus realistische Ziele für eine Kooperation entwerfen. Dafür sind feste Zuständigkeiten und verlässliche Vereinbarungen wichtig. Kommunalpolitik und -verwaltung müssen sich mehr Zeit nehmen, um die Bildungseinrichtung Schule in den Klimaschutzprozess einzubinden, und um Jugendlichen ihre Ziele, Prozesse und Entscheidungen zu erklären und sich für Fragen und neue Lösungen zu öffnen. Schulleiter/innen und Lehrkräfte wiederum sollten bei Kommunen nach Projekten und Prozessen fragen, bei denen sich Schüler/innen aktiv einbringen können – um dabei muss es um mehr gehen als nur die Auswahl von Spielgeräten und die Farbe der Klassenzimmer.

Weitere Informationen



www.e-u-z.eu/projekt.html

Autor

Michael Danner, studierte Umweltwissenschaften in Lüneburg. Seit 2004 ist er Inhaber des Büros »Kommunikation für Mensch & Umwelt«. Er berät Kommunen, Bildungseinrichtungen und Verbände bei der Entwicklung von kommunalen Klimaschutzprozessen, Kommunikations- und Bildungskonzepten sowie Nachhaltigkeitsstrategien. Zudem ist er als Moderator und Mediator bei Prozessen und Konflikten rund um die Energiewende tätig.

Kontakt:

Kommunikation für Mensch & Umwelt
30159 Hannover
info@umweltkommunikation-danner.de
www.umweltkommunikation-danner.de

Redaktion eNewsletter

Netzwerk Bürgerbeteiligung
c/o Stiftung Mitarbeit
Redaktion eNewsletter
Ellerstraße 67
53119 Bonn
E-Mail: newsletter@netzwerk-buergerbeteiligung.de